

England putscht Polen auf

Zuviel der Unwahrheiten, Herr Chamberlain!

Der Zusammenbruch der neuesten Lügenkampagne gegen Deutschland muß auch im Anlande bei allen denkenden Lesern Bedenken über die Anwendung derartiger Methoden der Fälschung hervorrufen. Obwohl für das vergangene Wochenende eine Aktion Deutschlands angekündigt war, ist alles ruhig geblieben. Wieder einmal haben die Heher so dargelegt, daß sie nichts wissen und geradezu bewußt lügen, um die Völker zu verhetzen. Wenn jetzt aber auch der britische Premierminister im Parlament „Informationen“ beantragt, die von Unwahrheiten strotzen, dann ist dieser Schritt nur geeignet, der Hehe neuen Auftrieb zu geben.

Premierminister Chamberlain gab nämlich auf Fragen im Unterhaus gewisse „Informationen“ über Danzig bekannt. Diese eigenartigen Informationen nahmen u. a. Bezug auf Maßnahmen des Danziger Senats zur Verstärkung des Polizeikörpers, nach den Worten Chamberlains seien das „extensive Maßnahmen militärischen Charakters“.

In derselben Sitzung fragte u. a. auch ein Labour-Abgeordneter, ob die britische Regierung nicht Warschau ihre Bewunderung über die Ruhe, den Mut und die Selbstbeherrschung übermitteln wolle. Chamberlain antwortete, die britische Regierung „wisse die polnische Haltung sehr zu würdigen“.

Hierzu schreibt der „Deutsche Dienst“: „Wir haben seit langem die Erfahrung gemacht, daß die englische Regierung sich sehr oft recht einseitig informieren läßt. Deshalb verwundert uns diese neue Erklärung Chamberlains nicht. Aber wir sind immerhin erstaunt, daß Herr Chamberlain über Dinge, die der ganzen Welt bekannt sind, so wenig Sachkenntnis zeigt.“

Wir fragen: Wer hat mobilisiert? Wer hat totgeschlagen? Wer hat vergewaltigt? Wer hat enteignet? Wer macht Panik? Ist das, was diese Fragen einschließen, eine Haltung, die Lob verdient? Und noch eins: Glaubt Herr Chamberlain vielleicht, daß die Freie Stadt Danzig mit ihren legal verstärkten Polizeikräften einen Ausfall zur Eroberung

Polens machen will? Polizei ist zur Verteidigung da; und vielleicht erkundigt sich die englische Regierung in Danzig, von wem sich diese deutsche Stadt bedroht fühlt. War es nicht Herr Wenda, der erklärte, Polen hätte nicht nur etwas zu verteidigen, sondern etwas zu erobern?

Hat nicht vor einigen Tagen Herr General Haller in Paris erklärt, daß die in Frankreich lebenden polnischen Legionäre sich in Danzig treffen wollten? 1919 hatte Herr Haller dieselbe Absicht. Damals protestierten die alliierten Mächte dagegen. Heute scheint man solchen Entschlüssen nicht unsympathisch gegenüberzustehen: Veränderte Umstände verlangen veränderte Entscheidungen, so sagte ja Herr Chamberlain kürzlich. Es ist das Jawort für jeden politischen Unfall. Wir können nur eins wiederholen: Zuviel der Unwahrheiten, Herr Chamberlain.

Lord Tavistock geißelt die britische Politik

Im „Manchester Guardian“ erklärt Lord Tavistock, ein bekanntes englisches Oberhausmitglied (konservativ), eindeutig, daß ein Krieg wegen Danzig Unsinns sei würde. Diese Erklärung einer so bekannten englischen Persönlichkeit ist um so beachtlicher, als die englische Presse bereits seit längerem voll unter dem Motto steht: „Die Danziger Frage ist eine Frage von Krieg oder Frieden.“

Lord Tavistock beklagt sich zunächst darüber, daß englischerseits jegliche konstruktive Friedenspolitik vernachlässigt worden sei. Man könne nur hoffen, daß man jetzt einsehe, daß die Trennung Danzigs von Deutschland — und Danzig sei eine deutsche Stadt — ein völlig unzureichender Grund für einen Weltkrieg sei. Es sei schlimm genug, ein unsinniges Versprechen abzugeben, wie England es Polen gegenüber getan habe, noch schlimmer aber, ein solches einzuhalten. Die Schlichterei von Millionen für eine Sache, die nicht völlig gerechtfertigt sei, habe mit Ehre nichts zu tun.

Herr Chamberlain zur Information

Danziger Zeitung berichtigt Englands Ministerpräsidenten

Unter der Aufforderung: „Herr Chamberlain, holen Sie Ihre Informationen über Danzig vom britischen Konsul in Danzig und nicht von der polnischen Botschaft in Rom“ bringt die Zeitung „Danziger Vorposten“ eine Erwiderung auf die Chamberlain-Erklärung im Unterhaus, in der Englands Ministerpräsident die Lage in den schwärzesten Farben malte und sich damit zum Sprecher der Panikmacher machte.

Das „Danziger Blatt“ schreibt u. a.: Herr Chamberlain! Sie haben es sich in den Kopf gesetzt, den Versuch zu unternehmen, die Eingliederung unserer Danziger Bevölkerung in das Großdeutsche Reich zu verhindern! Welches sind Ihre Beweggründe, da Ihnen die Verdrängung unserer Ansprüche hinreichend bekannt sein müßten? Oder ist es wahr, daß Ihre Informationen über das historische Danzig aus derselben Quelle stammen wie Ihre angeblich zuverlässigen Berichte über aktuelle Ereignisse in Danzig? Wenn Ihre Kenntnis von dem augenblicklichen Zustand in Danzig, wie sie ihn vor dem englischen Parlament schilberten, derjenigen Kenntnis der 700jährigen Vergangenheit Danzigs entspricht, haben wir bisher absolut falsche Vorstellungen über den Wissensbereich und die Geschichtskennntnis eines britischen Premieres gehabt.

Der britische Ministerpräsident hat es bei einer Rede im Unterhaus für zweckmäßig gehalten, eine Information aus Warschau als glaubhaft und zuverlässig hinzustellen. Wir sind der Ansicht, daß ein so wichtiger Politiker wie Chamberlain, wenn er sich schon mit einer Information identifiziert, zumindest an einer zweiten Stelle sich eine Befähigung für eine von ihm vertretene Behauptung besorgt. Das wäre ihm leicht gefallen.

Chamberlain hat erklärt, ihm zugegangene zuverlässige Berichte wiesen darauf hin, daß in Danzig „große und steigende Zahlen deutscher Staatsbürger offensichtlich als Touristen und steigende Zahlen reichsdeutscher Militärs offensichtlich als Touristen getarnt eingetroffen sein sollen“. Diese Behauptung ist unwarhaft. Sie ist genau so in Warschau zu finden wie der angebliche Wochenendpuls, mit dem sich das englische Kabinett durch seine vorgesehene Position am Sonntag bereits hinreichend blamiert hat. Die englischen Politiker würden klug daran tun, in der Unterrichtung über Ereignisse im Zusammenhang mit dem deutsch-polnischen Gegenfakt nicht einseitig auf Warschau zu hören.

Wir sind in der Lage, ausdrücklich zu dementieren, daß sich reichsdeutscher Soldaten, Angehörige der deutschen Wehrmacht reichsdeutscher Staatsangehörigkeit auf Danziger Boden

befänden. Sie sind überhaupt nicht da, weder als in Danziger Uniform gesteckte Polizisten noch als zivile Touristen.

Zum Schluß der Auslassung heißt es: Die Danziger Bevölkerung hat die Drohungen polnischer Militärs und Politiker, Danzig müßte erobert werden, zwar nicht ganz ernst genommen, aber man kann es denjenigen, die über die Sicherheit Danzigs zu wachen haben, nicht verübeln, wenn sie Vorbereitungen für polizeiliche Schutzmaßnahmen treffen. Sich militärisch zu rüsten hat Danzig keine Veranlassung, weil im Ernstfall die reichsdeutschen Garnisonen in dichtester Nähe liegen.

Blamabler Rückzug aus der Lüge

Eintreisungsstrategien vertuschen ihren Reifall

Es hinterläßt immer ein fatales Gefühl der Unzulänglichkeit, wenn sich jemand seiner Kraft und Entschlossenheit unzureichend rühmt, der im entscheidenden Augenblick schon einmal versagt hat. Paris und London haben sich mit ihren alarmierenden Voraussagen von dem angeblich geplanten Wochenendpuls in Danzig gründlich blamiert, denn allmählich lernt auch der Harmlose, Made von Tatsachen zu unterscheiden. Um so kraftvoller gebärden sich die Londoner und Pariser Zeitungen jetzt, um ihren Reifall zu verschleiern und den Leser von dem peinlichen Thema der Verhältnisse immer noch uferlos hinschleppenden Moskauer Eintreisungsverhandlungen abgulenken.

Der Führer hat seine Pläne, Danzig übers Wochenende ins Reich zurückzuholen, vor der furchtbaren Entschlossenheit der Demokratien aufgeben müssen, das ist noch immer der Tenor der Pariser und Londoner Leitartikel, die sich mit der Freien Stadt beschäftigen, und man versucht diese Meinung auch in anderen, besonders südeuropäischen Ländern, die sich den Sirenenklängen aus dem Lager der Garantiestrategen verschließen, zu verbreiten. Die verschiedenen Vorkämpferempfindungen und Vorkämpferreisen geben Anlaß, immer wieder zu betonen, daß ein „Gewaltstreik“ gegen Danzig den allgemeinen Krieg entzünden würde. Denn wie schon Chamberlain das Verhalten der Polen schon in Ordnung findet, so hat sich die Presse der Garantiestaaten längst daran gewöhnt, Tag für Tag die in so Feuer zu greifen und den östlichen Fernverkehr zu noch herausfordernder Sprache zu ermuntern. Ja, man stellt die Dinge völlig auf den Kopf. Bringt es die Liverpooler „Daily Post“ doch sogar fertig, eine „Bedrohung“ der polnischen Unabhängigkeit durch Danzig an die Wand zu malen, in welchem Falle dann England dem von dem schrecklichen Danzig bedrohten polnischen Schützling zu Hilfe eilen müßte. Vorerst aber soll sich Polen angeblich mit einer „warnenden Note“ an Danzig begnügen; doch ist man sich weder in London noch in Paris darüber im klaren, wann und wo sie wirklich abgeschickt werden dürfte.

Im allgemeinen ist es Rückzugsgeplänkel, das man in der Presse der beiden westlichen Hauptstädte vernimmt. Man versucht, das Gesicht zu wahren, um an dem offenen Eingeständnis vorbeizukommen.

Ein Blatt wie das Pariser „Ouvre“ fühlt sich zu der „Feststellung“ berechtigt, „der Führer scheine nicht die Absicht zu haben, die Dinge in Danzig zu überhürzen“ (!). Auch der „Figaro“ bemerkt weise, „Berlin scheine seine Rüstpläne aufgegeben zu haben“, sagt aber weiter, die Absichten der Reichsregierung „blieben dunkel“.

In seiner Zeitung steht zwar die Betenung, Deutschland sei gebremst worden durch die „Energie der Londoner und der Pariser Regierung und ihre unwiderrückliche Entschlossenheit“, aber dennoch glaubt man, dem Leser wenigstens eine halbe Erklärung dafür geben zu müssen, daß man am Wochenende noch die wilden Kriegesgefühle antinimie, heute aber ganz sachte tritt. „Figaro“ schiebt die Verantwortung dafür den „ausländischen Beobachtern in Berlin“ zu, die sich am Sonnabend auf einen Ausschuss in Danzig „gesetzt“ hätten, „jetzt aber ihre Ansicht geändert“ hätten. Man kann sich eine leichtfertige Auffassung von der Berichterstattungspflicht eines „ausländischen Beobachters“ kaum vorstellen, als sie hier zum Ausdruck kommt, zumal auch der Berliner Korrespondent des „Ouvre“ am gleichen Tag feststellen genötigt ist, daß Deutschland nicht an den Krieg glaube und in Berlin alles seinen normalen ruhigen Verlauf nehme.

Durch Geschäftigkeit und Gemeinheit zeichnet sich der Entschuldigungsveruch des betant deutschfeindlichen „News Chronicle“ für den blamablen Rückzug aus, in dem der bekannte Heher Vernon Barlett behauptet, die alarmierenden Gerüchte am Wochenende seien „nur von den Nazis in die Welt gesetzt“ worden, „um die Reaktion in London auszulockern“.

Schließt diese einseitige Behauptung, die von vornherein nicht den Ansprüchen erheben kann, selbst nur in der Dementierung und verwirren Londoner und Pariser Öffentlichkeit ernst genommen zu werden, nicht das Gefährnis der planmäßigen Greuelhege und Brunnengiftigkeit ein? Ungezwungen hat „News Chronicle“ mit dieser dummsten Lüge das System jener Kreise bloßgestellt, die bedenkenlos auf

einen neuen Krieg losfeuern und glauben, das Spiel von 1914 mit dem deutschen Volk wiederholen zu können.

Die italienische Presse zur Danzig-Frage

Die Mailänder Zeitung „Mesto del Carlino“ schreibt unter Hinweis auf die Lügenlüge, die Geschichte lehre, daß man nicht in aller Ewigkeit den Willen der Völker misachten könne. Die Bevölkerung von Danzig habe so gut wie einstimmig zu erkennen gegeben, daß sie in den Schoß des Großdeutschen Reiches zurückzukehren wünsche. Diefem präzis und stolzen Willen widersehe sich Polen, das damit zeige, daß es die in der Vergangenheit selbst erlittenen Demütigungen bereits vergessen habe; und es widersehe sich England und Frankreich, also jene Nationen, die noch die Unversämtheit besäßen, sich demokratisch zu nennen. Zudem die Regierung von Warschau sich gegen eine gerechte Lösung des Problems von Danzig und des Korridors stemme, setze sie das Leben von Millionen Menschen in ganz Europa aufs Spiel und riskiere schließlich die nationale Existenz Polens.

Ebenso rechnen auch die anderen italienischen Zeitungen mit den Täuschungsmanövern der Demokratien ab, wobei sie hervorheben, daß London und Paris dadurch, daß sie ständig von Danzig reden, nur von den Verhandlungen mit Moskau, den Abstimmungsunterlagen Roosevelt und die Entwicklung im Fernen Osten ablenken wollen.

Oslo: Heimkehr erfolgt mit Naturnotwendigkeit

In der politischen Wochenschrift „Utenrikstidning“ in Oslo stellt Viktor Mogens fest, daß für Polen kein vitales Interesse an Danzig bestehe. Weder Ausfuhr, noch Einfuhrinteressen würden bei der Befestigung der Knebelung Danzigs in Frage gestellt. Polen wolle in Wirklichkeit nur diese deutsche Stadt vom deutschen Vaterland in Abtrennung erhalten. Trotzdem werde sich aber die Heimkehr dieser deutschen Stadt in das Reich mit Naturnotwendigkeit vollziehen.

Ausplünderung durch Agrarreform

Enteignung des deutschen Grundbesitzes gefordert

Die dem polnischen Landwirtschaftsminister nachstehende Wochenschrift „Zespol“ fordert die verstärkte „Parzellierung“, das heißt richtiger, Enteignung des deutschen Grundbesitzes in Polen und dem ehemaligen Westpreußen. Die „Agrarreform“, so heißt es in der Wochenschrift, sei gegenüber dem deutschen Großgrundbesitz in den Westgebieten viel zu milde angewandt worden. Den deutschen Großgrundbesitzern in der Westprovinz Polen allein seien 36 000 Hektar verblieben, die nach dem Gesetz parzellierbar sind. Diese 36 000 Hektar Land gehören den polnischen Bauern (!), zumal auf ihm Deutsche sitzen, die mit den Einnahmen, die sie aus dem polnischen Boden erzielen, „die hitlerische Arbeit finanzieren“.

Neuer Zwischenfall in Ostgalizien

Polnischer Polizeibeamter erschossen — Folge der polnischen Minderheitenpolitik

In Ostgalizien wurde erneut ein polnischer Polizeibeamter im Kampf mit einem Ukrainer erschossen. Die amtliche polnische Berichterstattung versucht, den Fall zu bagatelisieren. Welche Bedeutung von seiten der polnischen Behörden diesem erneuten Zusammenstoß aber beigemessen wird, geht aus der Tatsache hervor, daß sich der Chef der polnischen Polizei, General Zamorski, an den Tatort begeben hat.

Baltikum will nicht verschachtelt werden

Das lettische halbamtliche Blatt „Briba Zeme“, das dem lettischen Staats- und Ministerpräsidenten Umanis nahesteht, nimmt erneut in eindeutiger Form gegen die sowjetisch-englischen Garantiepäne in einem längeren, bemerkenswerten Aufsatz Stellung.

Nachdem das Blatt darauf hingewiesen hat, daß die baltischen Staaten folgerichtig eine einseitige Garantie stets abgelehnt hätten, stellt es ausdrücklich noch einmal fest, daß die baltischen Staaten „nicht zum Objekt werden wollen, das heute garantiert und morgen verschachtelt wird“.

Zum Schluß heißt es: „Wenn ein Staat mit Verbindungen rechnet, sucht er heute nicht mehr Garantien, denn der größte Garantievertrag — das Genfer Statut — hat bankrott gemacht. Heute gibt es zwei Möglichkeiten: Bindnis oder Neutralität. Eine Bindnispolitik können die kleinen Staaten nicht führen, ihnen bleibt nur die Neutralität übrig.“

Eintreisungsgespräche bei „intimem Diner“

Der britische Kriegsminister Hore-Belisha traf in Paris ein, wo er als Ehrengast an einem Essen der englisch-französischen Vereinigung teilnahm. Am Tage der Ankunft hatte Hore-Belisha im Verlaufe eines „intimen Diners“ in der britischen Botschaft bereits eine Zusammenkunft mit dem französischen Ministerpräsidenten Daladier. Wie der Korrespondent der „Breme“ erfahren haben will, ist bei diesen Besprechungen bereits die Frage der Zusammenarbeit der französischen und englischen Armee für den Fall eines Scheiterns der Besprechungen mit den Sowjets überprüft worden.

Man spricht sich gegenseitig Mut zu

Hore-Belisha und Bonnet in der französisch-englischen Gesellschaft

Der britische Kriegsminister Hore-Belisha und der französische Außenminister Bonnet hielten auf einem Bankett der französisch-englischen Gesellschaft in Paris Reden, die offensichtlich zur Beruhigung der Gemüter der durch die ständige hysterische Kriegsheke beunruhigten Volksmassen in den westlichen Demokratien bestimmt waren. Die inhaltlich wenig bemerkenswerten Ausführungen, die von einander höchstens um Nuancen unterschieden waren, verherrlichten in der üblichen Weise die englisch-französische Zusammenarbeit und verführten, in pompastischen Superlativen die angebliche Macht und Stärke der beiden Demokratien zum Ausdruck zu bringen. Besonders Hore-Belisha bemühte sich redlich, dem französischen Bundesgenossen gegenüber die Bedeutung der britischen Wehrpflichtmaßnahmen an Hand von Zahlen zu erläutern und schamhaft zu machen.

Vorbereitung antibritischer Demonstrationen

Verschärfung der Lage in Tientsin

Die Londoner Morgenblätter berichten aus Tientsin über eine weitere Verschärfung der Blockade. Die Zufuhr an verderblichen Lebensmitteln sei erneut eingeschränkt worden. Milch und Kohle seien nur in so geringem Umfang wie zur Zeit der schärfsten Blockade erhältlich. Für Freitag würden in Tientsin und anderen großen Städten Vorhinaus antibritische Massendemonstrationen vorbereitet. Der Ruf nach Rückgabe der ausländischen Konzessionen an China werde immer lauter.

Ergebnis der Reichstagswahlen in Finnland

In Finnland fanden Neuwahlen zum Reichstag statt. Die aus Fortschrittler, Agrariern und Sozialdemokraten bestehende Regierungsmehrheit wird von insgesamt 200 über 148 Mandate gegenüber bisher 143 verfügen. Im einzelnen verteilen sich die Mandate wie folgt: Vaterländische Volksbewegung 7 (1936: 14), Finnische Sammlungspartei 24 (20), Fortschrittspartei 8 (7), Bauernpartei 55 (53), Kleinbauernpartei 3 (2), Sozialdemokraten 85 (83), Schweden 18 (21).

(Fortsetzung von Seite 1)

riens zwischen Griechenland, Rumänien, Jugoslawien und der Türkei und angesichts seiner Lage zwischen dem Schwarzen Meer und dem Ägäischen Meer nun einmal zukommt, hofft abererseits aber, daß Bulgarien im Falle eines Konflikts — Neutralität bewahren werde. Nun, da diese Neutralität gerade von den Mächten bedroht wird, die so freigebig „Garantien“ anbieten, darum eben unterhält Bulgarien freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland. Die Unabhängigkeit der kleineren Staaten ist eben erst dann gewährleistet, wenn auch im internationalen Leben der Grundfakt der Gerechtigkeit liegt.

Der Sinnigkeit der politischen und der kulturellen Beziehungen — bulgarische Zeitungen haben dieser Tage mehrfach darauf hingewiesen, wie sehr deutsche Geisteskräfte zur Bereicherung der bulgarischen Kultur beigetragen haben — entspricht auch eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit. Großdeutschland nimmt rund 60 v. H. der gesamten Ausfuhr Bulgariens auf, wie auch Bulgarien sich in der Einfuhr hauptsächlich auf die deutsche Wirtschaft stützt, die etwa 75 v. H. der Gesamteinfuhr befreitet. In der Hauptsache ist Bulgarien ein Agrarland, sind doch nahezu 80 v. H. der Bevölkerung Bauern. Abgesehen von der Landwirtschaft und der Viehzucht spielt in Bulgarien noch die Seidenraupenzucht und die Rosenölgewinnung eine erhebliche Rolle. Die Industrie befand sich in den letzten Jahren noch im Stadium des Aufbaues.

Daß man dem Besuch des bulgarischen Ministerpräsidenten in Berlin auch in England und Frankreich großes Interesse entgegenbringt, versteht sich von selbst. Wir aber können nur feststellen, daß dieser Besuch im Zuge der Politik beider Länder liegt. Wie Deutschland und Bulgarien im Weltkrieg gemeinsam gekämpft haben, so haben sie sich auch in den späteren Jahren immer wieder auf einem Weg getroffen, indem sie gekämpft haben für eine wahre Gemeinschaft der Völker, in der alle Bewegungsfreiheit haben und die Möglichkeit friedlicher Arbeit. In diesem Sinne heißt das ganze deutsche Volk den bulgarischen Ministerpräsidenten aufs herzlichste willkommen.